

5. Resolution des Rates auf dem 69. Weltkongress Bibliothek und Information: IFLA Berlin 2003

5. Gesetzgebung zur Nationalen Sicherheit

Während die IFLA für die Notwendigkeit einer angemessenen nationalen Gesetzgebung Verständnis hat, die mit internationalen Vereinbarungen zur Bekämpfung des Terrorismus im Einklang steht,
und während fast alle Staaten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, besonders den Artikel 19, ratifiziert haben,
und während die IFLA auf die Folgen des US-amerikanischen *Patriot Act* für Bibliotheken, Bibliothekare und Bibliotheksbenutzer aufmerksam gemacht hat,
und während eine Gesetzgebung zur nationalen Sicherheit bestehende Bürgerrechte und das Recht auf die Privatsphäre nicht verletzen sollte,

wird beschlossen, dass IFLA die Einleitung einer Gesetzgebung durch eine Reihe von Staaten missbilligt, die die elementaren Menschenrechte auf eine Privatsphäre und auf ungehinderten Zugang zu Informationen im Namen der nationalen Sicherheit verletzt, und dass IFLA die Aufhebung oder Novellierung all dieser Gesetzgebung fordert, um diese Rechte zu schützen,

und es wird beschlossen, dass dieser Beschluss weltweit verbreitet wird, und insbesondere an alle nationalen Bibliotheksverbände gesandt wird mit der Bitte, sich in dieser Angelegenheit an das FAIFE-Büro der IFLA zu wenden.

Vorgeschlagen von: Al Kagan, Universität von Illinois

Dieser Beschluss wurde ohne Gegenstimmen, mit 17 Enthaltungen, gefasst.

(Aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt von Dr. Martina Jantz, in Kooperation mit dem Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (knbn), 2006.)